



Europa Newsletter

Sabine Verheyen
Ihre CDU-Europaabgeordnete

Oktober | 2020

Aus dem Plenum

Rechtsstaatlichkeit: Abgeordnete fordern Schutz des EU-Haushalts und der Werte der EU

Auch diese Woche wurde im Europaparlament wieder über die Rechtsstaatlichkeit debattiert. Thema war unter anderem ein bereits 2018 vorgelegter Gesetzesvorschlag, der die Vergabe von Fördermitteln aus dem EU-Haushalt an Rechtsstaatlichkeitskriterien binden soll. Zuletzt hatten sich die Mitgliedstaaten nach langen Beratungen dazu positioniert.

Ein weiteres Thema war der erste jährliche Rechtsstaatlichkeitsbericht der EU-Kommission, der vergangene Woche vorgelegt wurde und Versäumnisse nicht nur in Polen und Ungarn feststellte, sondern ebenso in Malta, Rumänien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien.

Für CDU und CSU ist klar: die Rechtsstaatlichkeit ist ein, wenn nicht das, entscheidende Fundament unserer europäischen Werteordnung. Recht und Gesetz zu achten ist für unser gegenseitiges Vertrauen und damit für das Funktionieren der EU essentiell. Das gilt insbesondere auch für alle staatlichen Organe, auch wenn diese durch demokratische Wahlen besetzt sind. Wir stellen deshalb mit Sorge fest, dass es leider in den vergangenen Jahren in dieser Hinsicht in einigen Mitgliedstaaten beunruhigende Entwicklungen gab und setzen uns auch deshalb weiterhin dafür ein, dass es EU-Mittel nur für diejenigen geben darf, die alle Kriterien eines funktionierenden Rechtsstaats erfüllen.

Gelder aus dem langfristigen EU-Haushalt und dem Wiederaufbaufonds dürfen in meinen Augen nicht an Mitgliedstaaten ausgezahlt werden, die sich gegen Demokratie und Grundrechte in Europa stellen. Ich halte es daher für unabdingbar, dass es der Erhalt von EU-Geldern an Rechtsstaatlichkeitsprinzipien geknüpft wird.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter!](#)

Bestätigung der EU-Kommissare Mairead McGuinness und Valdis Dombrovskis

Das Europaparlament hat grünes Licht für die neue irische EU-Kommissarin Mairead McGuinness sowie für die zusätzliche Funktion des aktuellen Vizepräsidenten der EU-Kommission Valdis Dombrovskis aus Lettland gegeben. McGuinness, derzeit noch EVP-Europaabgeordnete und Vize-Parlamentspräsidentin, wird sich in der EU-Kommission künftig um Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität sowie die Kapitalmarktunion kümmern. Währenddessen übernimmt Dombrovskis das Handels-Portfolio und behält gleichzeitig seine allgemeine Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik. Die Neu-Organisation war notwendig geworden, da der bisherige Handelskommissar Phil Hogan aus Irland im September von seinem Amt zurückgetreten war.

[Erfahren Sie hier mehr über den Wechsel in der EU-Kommission.](#)

Stärkung der Jugendgarantie

Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte in ihren politischen Prioritäten, dass sie die Jugendgarantie zu einem dauerhaften Instrument zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit machen werde und dass der Haushalt für die Garantie aufgestockt und regelmäßig Bericht erstattet werden sollte, damit die Jugendgarantie in allen Mitgliedstaaten hält, was sie verspricht. Am 1. Juli 2020 legte die Kommission einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates mit dem Titel „Eine Brücke ins Arbeitsleben – Stärkung der Jugendgarantie“ vor, mit dem die Empfehlung des Rates vom 22. April 2013 zur Einführung einer Jugendgarantie ersetzt werden soll.

Aufgrund der COVID-19-Pandemie steigt in der EU der Anteil der Arbeitslosen und der Nichterwerbstätigen, und Millionen Menschen droht der Verlust ihres Arbeitsplatzes. Im Juni 2020 lag die Jugendarbeitslosigkeit in der gesamten EU bei 16,8 %; diese Zahl wird voraussichtlich stark ansteigen. Junge Menschen werden wahrscheinlich am stärksten von den negativen Folgen der Krise betroffen sein.

Dessen ungeachtet wurde die im geänderten Kommissionsvorschlag vom 28. Mai 2020 zum Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) enthaltene Mittelzuweisung in Höhe von 15 % für gezielte Maßnahmen für nicht erwerbstätige junge Menschen in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates auf 10 % gekürzt, was dem Ziel der Union, in junge Menschen zu investieren, völlig zuwiderläuft und daher bedeuten würde, dass die sozialen und beschäftigungspolitischen Herausforderungen in der Zeit nach der COVID-19-Pandemie nicht in Angriff genommen werden.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter.](#)

Klimagesetz

Erstmals plant die Europäische Union ihre Klimaschutzziele mit dem neuen EU-Klimagesetz gesetzlich festzulegen. Die Basis dafür ist ein von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiiertes Entwurf, der das derzeit gültige Klimaschutzziel für das Jahr 2030 von minus 40% auf minus 55% Emissionsminderung im Vergleich zu 1990 steigert. Klimaschutz duldet keinen Aufschub und CDU und CSU unterstützen diesen Vorschlag, der auch das Ziel der Klimaneutralität für die EU für das Jahr 2050 festschreibt. Dem Vorschlag waren weitreichende Vorarbeiten und Berechnungen der EU-Kommission, eine sogenannte Gesetzesfolgenabschätzung vorausgegangen. Ergebnis: Das 55% Ziel ist hochambitioniert und alles andere als einfach zu erreichen, aber genau das was wir brauchen, um das Pariser Klimaabkommen als EU zu erfüllen.

Klar ist aber auch: das 55%-Ziel ist ein sehr ehrgeiziges Vorhaben, welches auch von Deutschland weitaus höhere Klimaschutz-Anstrengungen als bisher verlangen wird. Das Europaparlament hat dazu diese Woche seine Position festgelegt.

Leider setzte dabei eine rot-rot-grüne Mehrheit im Europaparlament ein nochmals erhöhtes Ziel durch. Das Europaparlament wird sich nun für 60% Emissionsminderung für 2030 einsetzen. Als CDU/CSU-Gruppe halten wir dieses Ziel für zu hoch, da 60% nur mit aus unserer Sicht unzumutbaren Entbehungen erreichbar sein, die sehr tief in den Alltag der Menschen eingreifen. Wir wollen den notwendigen Wandel verantwortungsvoll und sozial gestalten. Wenn wir die Menschen auf dem Weg zu mehr Klimaschutz verlieren, helfen wir weder dem Klima noch den Menschen. Die Union wird weiter für eine ambitionierte, realistische und marktwirtschaftliche Klimapolitik streiten.

[Erfahren Sie hier mehr über das neue Klimagesetz!](#)

Vorschau / Rückschau zum Europäischen Rat

Die derzeitigen Krisen in Belarus, Berg-Karabach, der Konflikt mit Russland sowie der Gasstreit zwischen der Türkei und Griechenland zeigen, dass wir endlich konkrete Vorschläge brauchen, um die Handlungsfähigkeit der EU nach außen zu stärken. Mehrheitsentscheidungen in der Außenpolitik können dabei nur ein erster Schritt sein. Wir benötigen auch endlich eine gemeinsame europäische Strategie für den Umgang mit Afrika und China.

So bleibt die Lage in Belarus weiter angespannt. Das Europaparlament hat diese Woche im Plenum kritisiert, dass sich die Mitgliedstaaten nicht auf direkte Sanktionen gegen den belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko haben einigen können. Zwar sind seit dem letzten Sondergipfel 40 Unterstützer des Autokraten in Minsk mit Einreiseverboten sowie Kontosperrungen in Europa belegt, doch Lukaschenko persönlich ist davon ausgenommen. Dabei hatte das Europaparlament bereits im September direkte Strafen gegen Lukaschenko gefordert.

[Lesen Sie den Beitrag hier weiter!](#)

Geschlechterausgewogenheit in Firmen-Vorständen

Frauen sind in Führungspositionen in vielen Bereichen nach wie vor unterrepräsentiert, obwohl sie fast die Hälfte der Erwerbstätigen und mehr als die Hälfte der Hochschulabsolventen in der EU ausmachen. Als CDU/CSU-gruppe unterstützen wir deswegen nachdrücklich Maßnahmen, die Frauen helfen besser in Spitzenpositionen aufzusteigen. Transparente Kriterien für die Kandidatenauswahl sowie die Bevorzugung des unterrepräsentierten Geschlechts bei zwei gleich qualifizierten Bewerbern sind ein Schritt in die richtige Richtung.

Es ist höchste Zeit, die Kommissionsvorschläge aus dem Jahr 2012 zum Abschluss zu bringen. Die deutsche Ratspräsidentschaft sollte hier liefern. Darüber hinaus sollte die Politik die notwendigen Voraussetzungen schaffen, dass Familie und Karriere vereinbar sind. Nur dann ist eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben sowie eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in Gesellschaftergremien wirklich erreichbar. Dazu gehören auch Lohngerechtigkeit und Entgelttransparenz. Beides darf aber nicht zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen gehen.

[Erfahren Sie hier mehr über das Thema.](#)

Sabine Verheyen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europabüro Aachen, Monheimsallee 37, 52062 Aachen. Sie erhalten diese E-Mail, weil Sie Ihre E-Mail-Adresse in unseren Verteiler haben eintragen lassen. Unsere Datenschutzerklärung ist unter folgendem Link verfügbar: <https://www.sabine-verheyen.de/datenschutzerklaerung/>. Zum Abbestellen unseres Newsletters klicken Sie bitte auf folgenden Link: [Abbestellen](#)